

25.09.2023

## Kleine Anfrage 2627

des Abgeordneten Marcel Hafke FDP

### **Steigerung von Sach- und Personalkosten für Träger von Offenen Ganztagsschulangeboten (OGS) vor dem Hintergrund der anstehenden Dynamisierung und dem Rechtsanspruch**

In einer gemeinsamen Pressemitteilung weisen die LAG FWE NRW, der DGB, ver.di, die GEW und der Landeselternbeirat NRW auf die schwere finanzielle Situation im Bereich der OGS hin<sup>1</sup>. Konkret wird eine Situation beschrieben die aufzeigt, dass ein Limit des Stemmbarren erreicht ist und es dringlich Unterstützungsbedarf für die bestehenden Strukturen braucht. Aktuell kommt es bereits zu Angebotseinschränkungen. Auch ist unklar, ob alle Träger eine Ferienbetreuung in den anstehenden Herbstferien sicherstellen können. Es werden dringend Mittel für den notwendigen Ausbau der Betreuungsplätze benötigt. Hierbei ist vor allem der bevorstehende Rechtsanspruch ab 2026 mitzudenken. Der Städte- und Gemeindebund befürchtet, dass die Kommunen mit Kosten alleingelassen werden, die sie nicht stemmen können.<sup>2</sup>

Neben den Preiserhöhungen bei Sachkosten, aufgrund der anhaltenden Inflation, stehen die Anbieter von Offenen Ganztagsschulangeboten vor erheblichen Herausforderungen aufgrund steigender Personalkosten. Ähnlich wie im öffentlichen Dienst ist mit einer signifikanten Tarifierhöhung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu rechnen. Die Träger erwarten für das kommende Schuljahr eine mögliche Steigerung der Personalkosten um bis zu 17 Prozent.

Angesprochen auf die finanzielle Situation der Träger und Einrichtungen führt das NRW-Schulministerium aus, dass schon viel Geld geflossen sei. "Die Fördersätze für die OGS sind seit 2016 jährlich zum 1. August um 3 Prozent erhöht worden", heißt es aus dem Ministerium, "und zwar auch in den Jahren, in denen es keine Tarifsteigerungen gab." Insgesamt gebe das Land mehr als 700 Millionen Euro für die Ganztagsbetreuung aus. Mit dem Geld soll auch der Ausbau der Betreuungsplätze in den kommenden Jahren finanziert werden, um dem Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz gerecht zu werden.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> <https://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/presse/detail/wir-sind-am-limit>

<sup>2</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/ogs-kuerzung-betreuungszeiten100.html>

<sup>3</sup> Ibid.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung, mit der Bitte um einzelne Beantwortung der Fragen:

1. Welche Maßnahmen setzt die Landesregierung um, um die Träger des OGS-Angebots zu unterstützen?
2. Ist die Landesregierung der Ansicht, dass die jährlichen Anpassungen der Fördersätze für die OGS ausreichend sind, um die aktuellen Herausforderungen der Finanzierung zu decken?
3. Können mit den Anpassungen der Vergangenheit und der anstehenden drei prozentigen Erhöhung der Fördersätze für die OGS alle aktuell bestehenden Betreuungsplätze erhalten bleiben?
4. Welche jährlichen Steigerungen beim Ausbau der OGS-Betreuungsplätze plant die Landesregierung bis 2026?
5. Zu welchem Datum liegt ein Ausführungsgesetz zum Ganztagsförderungsgesetz für NRW vor?

Marcel Hafke